Haushaltsrede der CDU Fraktion Eitorf zur Verabschiedung des Haushalts 2011 am **09.05.2011**

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Eitorfer Mitbürgerinnen und Mitbürger,
sehr geehrte Ratskolleginnen und – kollegen,

die Beratungen zum Haushalt 2011 sind als Besonderheit anzusehen. Das wird schon allein am Zeitablauf deutlich. Und ich sage an dieser Stelle auch: Dafür kann hier in Eitorf niemand – kein Bürgermeister und auch keine der Parteien bzw. Fraktionen.
Auf die Umstände hierzu möchte ich an dieser Stelle nicht eingehen, sondern statt dessen auf das eigentliche Thema „Haushalt 2011“ genauer und inhaltlich eingehen.

Die CDU-Fraktion hat sich sehr intensiv mit den Haushaltsdaten befasst, die ja im Laufe der Beratungen immer wieder zu neuen – für Eitorf ausschließlich negativen Informationen, geführt haben: Was ist das richtige Verhältnis in der Einnahmen und Ausgabenstruktur? Auf welche Leistungen muss man verzichten – auf welche keinesfalls? Wie und wo können Mehreinnahmen generiert werden und wo nicht? Wo liegt die Zumutbarkeitsgrenze für uns Eitorfer Bürger?

Wir sind zu Ergebnissen gekommen. Insgesamt haben die Beratungen dazu geführt, dass die CDU-Fraktion dem jetzt vorliegenden Haushaltsentwurf, insbesondere unter Berücksichtigung der 27 Änderungsanträge der FDP/SPD/UWG, nicht zustimmt! Die Entscheidung ist fraktionsintern einstimmig und mit deutlichem Votum gefasst worden. Es ist übrigens der erste von Ihnen, Herr Dr. Storch, eingebrachte Haushalt – wenn man ihn überhaupt als „Ihren“ bezeichnen kann, - dem wir nicht zustimmen. Allen 6 vorherigen Haushalten haben wir zugestimmt.

Und ich werde im nachfolgenden auch genau erläutern warum diese Entscheidung so eindeutig getroffen wurde:

1.) Blick ins Jahr 2010:

Im Jahr 2010 wurden u.a. zwei Entscheidungen gegen den Willen der CDU-Fraktion getroffen, die eine finanzielle Auswirkung von 190.000 € hatten.

- Für den Verkauf des Hauses „Limbach“ in der Siegstraße boten 2 Interessenten jeweils 130.000 €. Die CDU-Fraktion hat diesem Verkauf zugestimmt – insbesondere die FDP hat den Verkauf verhindert.
- Im Rahmen der Straßeninstandhaltung wurden 60.000 € aus dem ohnehin sehr knappen Budget, in die Herchener Straße (Gerressener Berg) investiert. Eine Straße, bei der jetzt, auf Initiative der CDU-Fraktion, eine Umwidmung – von einer Gemeindestraße in eine Kreisstraße – betrieben wird. Das hätte man vermeiden können!

2.) Sportstättennutzungsgebühr

Die Einführung einer Sportstättennutzungsgebühr soll zu Mehreinnahmen von jährlich 15.000 € führen. Egal ob nun die Umlage des genannten Betrages über alle Nutzer von Vereinen erfolgt, so der Ursprungsvorschlag des Bürgermeisters, oder jetzt nur für erwachsene Vereinsnutzer , so der jetzige Beschluß von FDP/SPD/UWG, dem ja auch der Bürgermeister dann, entgegen seines Ursprungsvorschlags zugestimmt hat - an einer zusätzlichen Belastung für die Vereine ändert das nichts.
Die CDU-Fraktion hat bereits am 25.03.2011 beantragt auf die Einführung einer Sportstättennutzungsgebühr zu verzichten und diesbezüglich die übrigen Fraktionen um Unterstützung gebeten – leider hat der Mehrheitszusammenschluß aus FDP/SPD/UWG das verhindert. Die CDU-Fraktion wird sich auch weiter dafür einsetzen, dass

- das Angebot des Breitensports in Eitorf für Eitorfer Vereine kostenlos erhalten bleiben soll
- der finanzielle Aufwand für Familien nicht durch steigende Mitglieds- und Vereinsbeiträge, die ja zusätzlich zu Kosten für Sportausstattung und Fahrkosten entstehen, erhöht wird
- die Vereine nicht Gefahr laufen Mitglieder infolge von notwendigen Beitragsanhebungen zu verlieren
- das überaus zu lobende ehrenamtliche Engagement der Betreuer und Vereinsfunktionäre nicht gefährdet wird

Meine Damen und Herren, wir handeln an dieser Stelle für unsere Heimatgemeinde Eitorf und nicht für einen Wirtschaftbetrieb. Da kann man nicht immer Aufwand und Ertrag gegenrechnen. Wir haben auch eine gesamt- und sozialpolitische Aufgabe, der wir uns stellen müssen – das ist unsere zutiefst christdemokratische Auffassung von „Hilfe zur Selbsthilfe“

3.) Zuschüsse für Vereine

Der Ursprungsvorschlag des Bürgermeister sah Einsparungen in einer Höhe von jährlich 10.200 € vor. Die CDU-Fraktion hat bereits mit Antrag vom 25.03.2011 verdeutlicht, dass wir Kürzungen in diesem Bereich für nicht sinnvoll und vermeidbar halten – ein Deckungsvorschlag wurde unterbreitet.

- Übereinstimmender Wille aller Fraktionen war es, den Bereich Tourismus aufzuwerten. Fachausschüsse wurden umbenannt, sogar ein eigenes Amt für Kultur, Marketing und Tourismus geschaffen. Da passt es nicht, wenn man dem Verein „Touristik-Service Eitorf e.V.“ finanzielle Zuschüsse kürzt. Schließlich entlastet der Verein durch sein ehrenamtliches Engagement die Gemeindeverwaltung von Aufgaben.

Für die CDU-Fraktion bedeutet die Zahlung von diesen kleinen, geringen Zuschüssen eine kleine Anerkennung gegenüber dem beherzten ehrenamtlichen Engagement der Vereine im Sinne unserer Heimatgemeinde Eitorf, welches wir unverändert so belassen möchten.

4.) Stadt- Marketingkonzept

Hier handelt es sich um einen ursprünglichen Haushaltsansatz von 50.000 €, den Sie Herr Bürgermeister, auf Ihre zweite Konsollidierungsliste gesetzt haben – heißt streichen wollten – dem hätte die CDU-Fraktion zugestimmt.
FDP/SPD/UWG haben den Ansatz dann mit ihrem Änderungsantrag vom 09.04.2011 wieder in den Haushalt aufgenommen – die CDU-Fraktion hat das abgelehnt.

a) Mit ein Konzept für 50.000 € alleine ist es ja nicht getan. Das Konzept muss ja dann auch konsequenterweise umgesetzt werden – das kostet dann das eigentlich Geld. Wo wollen Sie das hernehmen, verehrte Ratskollegen von FDP/SPD/UWG und auch Sie Herr Bürgermeister? Sie haben dem Änderungsantrag zu Ihrem Entwurf ja auch zugestimmt – für uns ein wenig verwirrend!
b) Die Fa. ADSM hat im Rahmen einer Ausschussitzung ein Marketingkonzept vorgestellt. Dessen Kosten wurden in der Sitzung mit annähernd 50.000 € beziffert. Falls die FDP/SPD/UWG und der Bürgermeister an die Realisierung dieses Projektes denken – so sagen wir von der CDU-Fraktion dazu ganz eindeutig: Uns hat das Konzept keinesfalls überzeugt; es hilft Eitorf nicht weiter. Wir sehen auch nicht ein, dass die Eitorfer Bürger für diese 50.000 € zusätzlich belastet werden sollen.

5.) Steuererhöhung für Grundsteuer A, Grundsteuer B und Gewerbesteuer

	Momentaner Stand:	Geplant ab 01.01.2011:
Grundsteuer A:	230%	280%
Grundsteuer B:	400%	440%
Gewerbesteuer:	420%	440%

Der ursprüngliche Vorschlag des Bürgermeisters sah die Erhöhung der Steuer auf die zuvor genannten Werte planerisch erst ab 2013 vor. Dem hätte die CDU-Fraktion auch zugestimmt, da aus heutiger Sicht alternativlos. Wir haben jedoch die Hoffnung, dass die momentan deutlich steigenden Steuereinnahmen bis 2013 auch zu einer Verbesserung der Einnahmensituation in Eitorf führt. Damit hätte sich die Steuererhöhung auf dieses Niveau, nach Auffassung der CDU-Fraktion ganz vermeiden lassen. Warum Sie, Herr Bürgermeister, anschließend dem Antrag von FDP/SPD/UWG zustimmen und somit auch hier Ihren ursprüglichen Vorschlag verändern, ist für uns unerklärlich. Mit der von Ihnen noch im Dezember propagandierten „Eitorfer Steueroase im Rhein-Sieg-Kreis“ ist es nun vorbei.
Wir werden sehen zu welchen Reaktionen die von Ihnen beschlossenen Steuererhöhungen in der Eitorfer Bevölkerung führen. Betroffen sind alle: Hauseigentümer, Mieter (Grundsteuer B ist umlagefähig auf die Nebenkosten) und natürlich auch die Gewerbetreibenden bzw. Firmen. Diese sind sogar oftmals doppelt betroffen – als Gewerbetreibende aber auch als Hauseigentümer und oder Mieter. Gerade auch den Gewerbetreibenden in Eitorf muten Sie viel zu, schließlich haben diese auch unter der lange andauernden Großbaustelle in der Bahnhofstraße enorme, zum Teil existenzbedrohende Umsatzeinbußen zu verzeichnen. Hier fehlt das nötige Fingerspitzengefühl! Apropos „Steueroase im Rhein-Sieg-Kreis“, bis nach Rheinland-Pfalz ist es nicht sehr weit. Kircheib erhebt aktuell bei der Grundsteuer B 120 und bei der Gewerbesteuer 80 Prozentpunkte weniger als Eitorf. Meine Damen und Herrn von FDP/SPD/UWG, Herr Bürgermeister: Hoffentlich lösen Sie mit Ihrem Beschluß keinen Kaskadeneffekt aus! Wir, die CDU-Fraktion, werden das sehr genau beobachten und nachhalten!

Wir haben die Belastung der Eitorfer Bürger durch Entscheidungen, die hier in Eitorf seit der Kommunalwahl September 2009 getroffen wurden, übrigens alle ohne Zustimmung der CDU, in folgenden Beispielen zusammen gefasst:. Zu Grunde gelegt wird jeweils ein pro Kopf Jahresverbrauch von 30 m3 Frischwasser, eine abflusswirksame Fläche von 200 m2 und ein Steuermessbetrag von 155 €:

	2009	2010	**2011**
Ein Personenhaushalt::	752,90	847,80	**990,40 (+237,50€)**
Vier Personenhaushalt:	1.148,00	1.177,20	**1.285,60 (+137,60€)**

Wenn es sich bei den Beispielhaushalten auch noch um Gewerbetreibende handelt (GmbH, Jahresgewinn 50.000 €), die keine weitere Betriebsstätten haben, gelten folgende Beispiele:

	2009	2010	**2011**
Ein Personenhaushalt (Gewerbe):	8.102,00	8.197,80	**8.690,40 (+588,40€)**
Vier Personenhaushalt (Gewerbe):	8.498,00	8.527,20	**8.985,60 (+487,60€)**

Und das bei insgesamt steigenden Belastungen der Bevölkerung, z.B. durch Ölpreisentwicklung, steigenden Energiekosten etc.

Wenn die Haushaltssituation in Eitorf in diesem Jahr auch so dramatisch ist, wie möglicherweise nie oder selten zuvor, müssen nach Meinung der CDU-Fraktion auch weitere Ausgabenblöcke näher betrachtet werden, die FDP/SPD/UWG und der Bürgermeister so gut wie unangetastet gelassen haben. Und das muss geprüft werden, bevor es zu weiteren Belastungen für die Bürger in Eitorf kommt. Dazu zählen für die CDU-Fraktion die Aufwendungen für das, laut NKF-Sprachgebrauch, bezeichnete Produkt Personalangelegenheiten.

6.) Produkt Personalangelegenheiten

Meine Damen und Herren, der Ansatz des Bürgermeisters sieht hier für das Jahr 2011 sage und schreibe 7,5 Mio. € vor. Gegenüber dem letzten Jahresabschluss 2009, also die letzten „Ist-Zahlen“, ergibt das eine Steigerung von 16 %! In Euro ausgedrückt 1 Mio. €! Etwa die Hälfte davon, sind für die Vergütung von Angestellten und Beamten eingeplant. Sie sehen, es handelt sich bei diesem Produkt nicht ausschließlich um direkte Personalkosten - da kommen auch noch viele andere Positionen mittelbar hinzu! Bei der CDU-Fraktion haben diese, vom Bürgermeister vorgelegten und von FDP/SPD/UWG mit getragenen, Zahlen zu großer Sorge geführt.
Vor allem, wenn interne Kostensteigerungen entweder zu Kürzungen von Leistungen oder Mehrbelastungen für uns Bürger in Eitorf führen, muss man sehr genau hinschauen. Das haben wir getan. Hinweise zum Handlungsbedarf für die Gemeinde Eitorf im Bezug auf Personalkennzahlen gibt bereits der Bericht der Gemeindeprüfanstalt aus dem Jahr 2007. Hier wurden u.a. folgend Feststellungen getroffen:

- Hierarchieabbau: nach derzeit gültigem Organigramm hat die Gemeinde Eitorf 25 Führungskräfte bei insgesamt 121 Beschäftigten, damit ein Verhältnis 1: 5.
- Zusammenlegung von Organisationseinheiten: Die natürliche Personalfluktuation hat hier eine historische Chance bedeutet. Diese ist, zumindest größtenteils, vorbei. Die altersbedingt frei gewordenen Führungspositionen sind größtenteils schon wieder besetzt, zumindest hat der Bürgermeister sie bereits laut Stellenplan verplant. Seit der Änderung der Gemeindeordnung kann der Bürgermeister das im Rahmen seiner Kompetenz, ohne Einschaltung der gemeindlichen Gremien, selbst entscheiden. Übrigens sei bereits an dieser Stelle angemerkt, dass die CDU-Fraktion auch dem Stellenplan 2011 nicht zustimmen wird.
- „Die Gemeinde Eitorf hat überdurchschnittlich viele Beamte und Angestellte im höheren und gehobenen Dienst. Diese ungünstige Ausgestaltung ist ein weiterer Grund für die überdurchschnittlich hohen Personalausgaben je Ist-Stelle“, so der Bericht aus 2007 auf Basis 2006 – und wie sähen die Ergebnisse heute aus?
- Mit 4.788 € je Stelle liegt die Gemeinde Eitorf über dem Mittelwert von Vergleichskommunen (ähnliche Struktur und Größe). Bei 121 Stellen macht das 580.000 € pro Jahr aus! Wirtschaftunternehmen würden sich bei diesen Erkenntnissen unverzüglich mit Lösungen beschäftigt – in Eitorf sind diese Zahlen seit Anfang 2007 bekannt. Was ist passiert? Die CDU-Fraktion hat damals die Vorlage eines Personalentwicklungskonzepts beantragt welches auch vorgelegt und mit dem Fachausschuss sowie dem Bürgermeister abgestimmt wurde. Dieses zeigte bis 2009 in die richtige Richtung. Nach der Kommunalwahl und der damit einhergehenden Änderung der Mehrheitsverhältnisse hat sich das komplett verändert.

  Konkret geplant war, dass die Amtsführung der Gemeindewerke und des Bauamtes zusammen gelegt werden sollten – Ersparnis: Eine Stelle A14 (sozialverträglich durch altersbedingtes Ausscheiden).

  In Vorbereitung dazu wurde zur Untestützung eine neue Stelle (A10) eingerichtet – die Zusammenlegung der Ämter wurde danach aber nicht durchgeführt, statt dessen die frei gewordenen A14 Stelle neu besetzt.

  Dadurch wurde die Stabsstelle Wirtschaftförderung vakant, die mit einer Neueinstellung kompensiert werden musste (A9).

  Neuester Clou ist die Einführung eines neuen, zusätzlichen Amtes. An der Spitze besetzt mit einem Amtsleiter A 13. Von wegen Hierarchieabbau! Natürlich muss jetzt die dadurch vakant gewordenen alte Stelle des jetzigen Amtsleiter neu besetzt werden (A12). Von wegen Abbau von Stellen im höheren und gehobenen Dienst!

  Diese Personalrochade belastet den Haushalt durchschnittlich jährlich mit ca. 350.000 €!

Der nächste Bericht der Gemeindeprüfanstalt wird sicher bald vorliegen. Auf den Bericht und die Feststellungen sind wir jetzt schon sehr gespannt!
Die CDU-Fraktion will die Anzahl der derzeit vorhandenen Stellen nicht reduzieren. Lediglich die Struktur soll und muss verändert werden. Weniger Führungskräfte, dafür mehr Sachbearbeiter und Arbeiter.
Die CDU-Fraktion will und das ist bzw. war möglich, die notwendigen Personalanpassungen sozialverträglich durchführen. Dazu bot sich eine historische Chance, da viele Führungskräfte altersbedingt ausgeschieden sind. Leider sind diese Stellen jetzt bereits neu besetzt. Sozialverträglich ist jetzt eine Anpassung erst nach 1 – 2 Jahrzehnten möglich, wenn die jetzigen Stelleninhaber altersbedingt ausscheiden. Bis dahin schiebt die Gemeinde Eitorf die Finanzlast für das Produkt Personalangelegenheiten mühsam vor sich her – zu Lasten der Bürger! Chance vertan meine Damen und Herren.

Am Rande erwähnt sei noch, dass der Bürgermeister in der Zeit vom 01.01.2010 – 01.01.2011 27 Neueinstellungen getätigt hat.
Die CDU-Fraktion hat am 25.03.2011 beantragt, den Haushaltsansatz für das Produkt Personalangelegenheiten ab 2012 um jährlich 1,5 % (ca. 130.000 € p.a.) zu reduzieren. Bei einer Erhöhung um 16 % in einem Jahr sollte das ohne weiteres möglich sein. Leider ist der Antrag abgelehnt worden.
Der Haushaltsentwurf sieht für die Jahre 2012 und 2013 eine Gewinnabführung durch die Gemeindewerke, man beachte: nach zweimaliger Erhöhung, in Höhe von insgesamt 475.000 € vor. Diese könnten nach Meinung der CDU-Fraktion vermieden werden.
Wie bereits erwähnt, liegt die Entscheidungshoheit in Personalangelegenheiten seit 2007 beim Bürgermeister. Dem zur Folge, war zu Beginn der Legislaturperiode vorgesehen, auf einen Personalausschuss zu verzichten. Sie, Herr Bürgermeister haben darum gebeten, den Personalausschuss zu belassen, da Sie in diesem kleinen Gremium personelle Angelegenheiten mit Ratsvertretern erörtern wollten.
Die CDU-Fraktion stellt fest, dass im Rahmen von Vorschlägen im Personalausschuss des öfteren von Ihnen der Hinweis auf Ihre Kompetenzen kam. Das haben wir registriert und beantragen daher, den Personalausschuss aufzulösen und die verbliebene Aufgabe zur Beratung des Stellenplanes, dem Hauptausschuss zuzuordnen.

7.) Investitionsliste

Nach dem vorliegenden Haushaltsentwurf sind für das Jahr 2011 Investitionen von 2 Mio. € (netto 1 Mio. €, Zuschüsse) - im Gesamtdarstellungszeitraum 2011 – 2014 7,6 Mio. € (netto 4 Mio. €) - vorgesehen. Vor dem Hintergrund der Finanznot in Eitorf und bevor eine Finanzierungslücke durch die Bürger gedeckt werden soll, sind auch die Investitionen neu zu beleuchten:
Müssen unbedingt 15 neue Fahrzeuge und 6 Anhänger angeschafft werden? Immerhin beträgt das Investitionsvolumen hierfür 1 Mio. €, 309.000 € allein in 2011!

Die CDU-Fraktion hat daher am 28.03.2011 beantragt, das Investitionsvolumen um 10% pauschal zu kürzen. Die Priorisierung darüber, welche Investitionen zu realisieren sind oder nicht, ob günstigere Beschaffungswege, wie Einkaufsverbünde, Preisverhandlungen, optimierte Nutzungssysteme zum Ziel führen, obliegt der Verwaltung bei größtmöglicher Entscheidungsfreiheit.
Das hätte zu einer Reduzierung der Investitionen um 100.000 € geführt. Auch dieser Antrag ist leider durch die Mehrheit von FDP/SPD/UWG und der Stimme des Bürgermeister abgelehnt worden.
Übernommen haben die zuvor genannten Mehrheitsbeschaffer nur den Ansatz von 10%, die bei den so geannnten „Geringwertigen Wirtschaftsgütern“ und der „EDV Ausstattung“ zum tragen kommen soll. Reduzierung des Investitionsvolumen dadurch um 14.600 € - 1,46 % des Gesamt-Investitionsvolumens.

Zum Schluß:
Ungelöst und im Haushalt unberücksichtigt sind noch folgende Positionen:

- Verlagerung der Salzhalle
- Investitionsstau im Hermann-Weber Bad
- Realisierung des beschlossenen Hackschnitzelheizwerks
- Realisierung des Brandschutzkonzeptes am Siegtalgymnasium

Zahlen hierzu wurden der CDU-Fraktion noch nicht vorgelegt. Es handelt sich aber sicherlich um Millionenbeträge.

„Das Holz der Oppositionsbank ist hart“. Darüber war ich mir mit meinen Fraktions- und Parteikollegen nach der Kommunalwahl im klaren. Schließlich stellt die CDU-Fraktion lediglich 11 von 38 Ratsmandate. Aus heutiger Sicht, wenn wir so mancher Entscheidung, die wir nicht mit getroffen haben, zusehen müssen, stelle ich jedoch fest:: „So hart hätte ich mir die Bank nicht vorgestellt“.

Zwei Hinweise noch an dieser Stelle:

1. Hinweis: DSL Ausbau

Der Haushalt 2011 sieht einen Ansatz von nur 20.000 € vor; Sie Herr Bürgermeister, haben das als Platzhalter bezeichnet. Der CDU-Fraktion liegen Hinweise vor, nach dem die Telekom einer Breitbandentwicklung im ländlichen Raum nicht mehr ganz ablehnend gegenüber steht. Wir empfehlen daher die Kontaktaufnahme mit der Telekom.

2. Hinweis: „Investor für Bahnhofsgebäude gesucht“

...so berichtet die Wirtschaftwoche in Ihrer Ausgabe vom 21.03.2011. Danach sucht die Deutsche Bahn AG für rund 900 kleinere Gebäude Investoren. Verkauft werden soll bevorzugt an Kommunen. Unser Bahnhof in Eitorf ist dort sogar namentlich, als zum Verkauf stehend, benannt. Diese Chance sollten wir uns nicht entgehen lassen. Neben dem „Sprung an die Sieg“ könnte aus dem Bahnhof ein „Tor zu Eitorf“ werden.
Was andere Kommunen, z.B. Hennef oder auch Windeck mit ihren Bahnhöfen auf die Beine stellen können sehen wir doch! Überhaupt: Man hat den Eindruck, daß der städtebauliche Entwicklungszug über Siegburg, Hennef, das ist nichts neues, an Eitorf vorbei direkt nach Windeck fährt. Neben dem Bahnhofsgebäude, welches Windeck sein eigen nennt, beabsichtigen dort Investoren ein Fachmarktzentrum und ein Zentrum für Betreutes Wohnen zu errichten.

Meine Damen und Herren, unsere Heimatgemeinde Eitorf und unsere Bürgerinnen und Bürger stehen für die CDU-Fraktion an erster Stelle. Hierfür setzen wir uns konstruktiv und sachlich orientiert ein. Wir stimmen sinnvollen Anträgen und Ideen anderer Ratsfraktionen zu und unterstützen diese – das haben wir bewiesen. Es ist aber auch unsere Aufgabe, bei nicht zielgerichteten Entscheidungen zum Wohle von Eitorf zu widersprechen. Die heutige Entscheidung der CDU-Fraktion zur Ablehnung des vorgelegten Haushaltsentwurf 2011 war ein Abstimmungsprozess in diesem Sinne.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Eitorf, 09.05.2011 gez. Andreas Sonntag, Fraktionsvorsitzender der CDU Ratsfraktion